



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Eingriffe in Unterrichtsversorgung und Ausbildung zurücknehmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, die vom Ministerium für Bildung in den Organisationserlassen der Schulen mit dem Schuljahr 2017/2018 geänderten Berechnungsgrundlagen zur Lehrerstundenzuweisung sowie die geänderten Vorgaben in der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den eigenverantwortlichen Unterricht von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern gefährden die Bildungsqualität. Sie sind Schritte in die falsche Richtung. Dafür spricht eine Vielzahl von Kritiken insbesondere aus dem Bereich der Grundschulen aber auch aus der pädagogischen Wissenschaft.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die oben genannten Änderungen ab dem Schuljahr 2018/2019 und die folgenden Schuljahre zurückzunehmen.
3. Über die Auswirkungen auf Stellenbewirtschaftung und Haushaltsansätze soll die Landesregierung bis 30. November 2017 dem Landtag berichten.

Begründung

Im Koalitionsvertrag stellt die regierungstragende Mehrheit das Ziel: „Eltern und Schülerinnen und Schülern erwarten zu Recht eine verlässliche Absicherung des Unterrichts in den Schulen. Um diese sicherzustellen wollen die Koalitionspartner eine Unterrichtsversorgung von durchschnittlich 103 Prozent aktiv sichern. Dabei wird nur das Arbeitskräftevermögen einbezogen, das in den Schulen zum Zweck der Unterrichtserteilung tatsächlich zur Verfügung steht. Diese Unterrichtsversorgung soll sich auch regional widerspiegeln.“.

Diese Zielstellung wird durch die Organisationserlasse konterkariert. Nicht die Absicherung des Unterrichts in den Schulen wird gesichert, sondern die Notwendigkeit weiterer erforderlicher Neueinstellungen soll statistisch vertuscht werden.

Gegen die mit dem Schuljahr 2017/2018 geänderten Berechnungsgrundlagen in den Organisationserlassen der Schulen zur Reduzierung der Lehrerstundenzuweisungen

(Ausgegeben am 20.09.2017)

und gegen die Erhöhung des durch Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst zu leistenden eigenverantwortlichen Unterrichts, einschließlich dessen Einrechnung in die Unterrichtsversorgung, wird insbesondere aus dem Bereich der Grundschulen aber auch aus der pädagogischen Wissenschaft erhebliche Kritik geäußert und starke Bedenken im Hinblick auf den Erhalt der Bildungsqualität erhoben.

In Briefen und zahlreichen Gesprächen haben vor allem Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrkräfte und Lehrerverbände aus dem Grundschulbereich aber auch aus Gemeinschaftsschulen auf die erheblichen Folgen der reduzierten Berechnungsparameter für die Lehrkräfteausstattung von Schulen hingewiesen. Die Fraktion DIE LINKE ist nach Prüfung der Argumente zu dem Schluss gekommen, dass mit den Reduzierungen der zugewiesenen Lehrerstunden die Qualität der Lernprozesse besonders an den Grundschulen nicht mehr gewährleistet werden kann. Die einbringende Fraktion befürchtet Defizite bei wichtigen Kompetenzvermittlungen im Primarbereich, die sich nachhaltig auf den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen in weiterführenden Schulen und letztlich beim erfolgreichen Schulabschluss auswirken werden. Das gilt besonders für solche Schülerinnen und Schüler, denen nur wenige oder keine Kompensationsmöglichkeiten für schulische Lerndefizite zur Verfügung stehen. Die vom Bildungsministerium ergriffenen Maßnahmen sind daher geeignet, das Schulversagen von leistungsschwachen und sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern und somit die Chancengerechtigkeit zu verstärken.

Der außerordentlich frühzeitige und umfangreiche Einsatz von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst im eigenständig zu haltenden Unterricht, der überwiegend auf die Unterrichtsversorgung der Schulen angerechnet werden soll und somit ohne unmittelbare pädagogische und methodische Begleitung durch erfahrene Lehrkräfte erfolgen würde, wird auch von Vertreterinnen und Vertretern der pädagogischen Wissenschaft sehr kritisch gesehen. Die bisherige Qualität der Ausbildung wäre nicht mehr gegeben und ein verstärktes Scheitern von Lehrkräften in der 2. Phase der Ausbildung zu erwarten. Auch ein durchgängig qualifizierter Unterricht kann ohne Begleitung durch die Mentoren der Schulen in dieser frühen Phase der Ausbildung nicht erwartet werden, was den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler beeinträchtigen kann. Die Fraktion DIE LINKE fordert daher die genannten Maßnahmen mit dem Schuljahr 2018/2019 zurückzunehmen.

Aus dieser Rücknahme der Regelung wird der tatsächliche Lehrbedarf transparent, nach Auffassung der antragstellenden Fraktion entsteht hierdurch Handlungsbedarf in haushaltsrechtlicher Hinsicht. Der mit dem Antrag eingeforderte Bericht soll das Parlament über notwendige Vorkehrungen der Regierung zur Umsetzung dieses Beschlusses in Kenntnis setzen.

Die einbringende Fraktion wertet die hohe Beteiligung an der Volksinitiative für mehr Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Schulen in Sachsen-Anhalt als ein gewichtiges demokratisches Votum, das u. a. auch die hier geforderten Veränderungen stützt.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender